

den Widersprüchen, Irrtümern und Verhärtungen, aber auch den Lieben, Leidenschaften und Leistungen dieses Lebens zurechtzufinden, die Spannungen auszuloten, mit denen er sich konfrontiert sieht. Polemische Verurteilung des Buches ist leicht. Wer es aber genau und sensibel liest, wird auch sich selbst darin gespiegelt sehen. Wir alle stecken in dieser Zerrissenheit, müssen uns durch unser eigenes Dickicht schlagen. Und die Frage zu beantworten suchen, wie wir es mit der Verantwortung halten, der Moral, dem Umgang mit dem Nächsten. Die Tagebücher diskutieren nicht zuletzt die Frage, die ganz am Anfang gestellt wird und sich durch das ganze Buch zieht: »Was tun wir alle miteinander uns an?« Wir schauen einem hochinteressanten Menschen dabei zu, der für sich Antworten auf diese Frage gesucht hat und erkennen uns selbst in unseren

Defiziten und Schwächen. 1992 konstatiert Raddatz: »Mein Adressbuch wird immer leerer«. Und ein Jahr später: »Ich bin eine lächerliche Figur – ich führe ein Proust-Leben, Frühstück unter dem Orchideen-BAUM bei Mozartmusik, und alles rieselt vor Samt und Cashmere und weißer Seide, selbst meine Morgengymnastik mache ich auf einer Cashmeredecke über einem schwellend-dicken Teppich – und heraus kommt nur Unbeträchtliches.« Mit 70 hat er sich den Grabstein für sein Keitumer Grab gekauft. Mit dem Alter tritt zunehmend der Melancholiker hervor, aber hinter dem Selbstmitleid erkennt sein klarer Kopf die Wahrheit. Schon am 4. April 1995 schreibt er: »Ich BEOBACHTE nicht nur den Kulturverfall, ich bin ein TEIL DAVON.«

Fritz J. Raddatz: Tagebücher, Jahre 1982-2001. Rowohlt, Reinbek 2010, 942 S., € 34,95.

Dierk Hirschel

Was wird aus dem »Modell Deutschland«?

Das neue Buch von Wolfgang Streeck lässt viele Fragen offen

Re-forming Capitalism heißt das neueste Buch des renommierten Sozialwissenschaftlers Wolfgang Streeck. Ein ambitionierter Titel in Zeiten des Umbruchs. In der großen Krise des Finanzmarktkapitalismus hat die Suche nach Erklärungen Konjunktur. Ebenso groß ist das Bedürfnis, Lehren aus der Krise zu ziehen.

Wolfgang Streeck analysiert zunächst die Transformation des Rheinischen Kapitalismus. Er betrachtet fünf zentrale Bereiche institutionellen Wandels: Das Tarifsystem, das Verbändewesen, die Sozialpolitik, die öffentlichen Finanzen und die Unternehmensorganisation. Der institutionelle Wandel dieser Bereiche hat nach Auffassung des Autors einen gemeinsamen Nenner: die Auflösung der Struktu-



Dierk Hirschel

(* 1970) ist seit 2003
DGB-Chefökonom.

dierk.hirschel@dgb.de

ren des organisierten Kapitalismus. Streeck betont zwar immer wieder, dass die einzelnen Bereiche miteinander verwoben sind, ein strukturbildendes Zentrum existiert jedoch für ihn nicht.

Vor dem Hintergrund der erdrückenden Vorherrschaft des Finanzsektors über die Realwirtschaft verwundert diese Sichtweise. War es nicht der Renditedruck insti-

tutioneller Investoren – Pensionsfonds, Investmentfonds, Versicherungen –, der Arbeitsmarkt und Sozialstaat in den letzten Jahren geradezu umpflügte? Die Finanzmarktorientierung ging zu Lasten der Investitionen in Produktion und Arbeitsplätze. Die historisch niedrige Investitionsquote trocknete den Binnenmarkt aus. Dadurch verschärften sich Verdrängungswettbewerb und Kostendruck. Die finanzmarktgetriebenen Renditeansprüche forcierten *Outsourcing* und *Offshoring*. In den Großunternehmen wurde alles von der Kantine, über den Sicherheitsdienst bis hin zur Logistik ausgegliedert. Über die Zulieferketten wurde der Renditedruck an die klein- und mittelständischen Betriebe weitergereicht. Folglich haben Tariffucht und das Wachstum prekärer Beschäftigung sehr viel mit Finanzmärkten zu tun.

Lesenswert sind Streecks Ausführungen zum Wandel der Tariflandschaft sowie der Verbände. Der Autor skizziert mit umfassendem empirischen Material die Dezentralisierung und Verbetrieblung der Tarifpolitik. Streeck arbeitet heraus, wie interne Konflikte des Arbeitgeberlagers die Verbandspolitik von BDI, BDA & Co nachhaltig veränderten. Auch die organisationspolitischen und politischen Konflikte zwischen den deutschen Gewerkschaften sind Gegenstand seiner Untersuchung. Im Ergebnis kommt es zu einer empfindlichen Schwächung des Korporatismus.

Bedenkliche Fixierung auf die Lohnnebenkosten

Hoch problematisch sind hingegen die Ausführungen Streecks zur Sozialpolitik und zu den öffentlichen Finanzen. Hier befindet sich der Autor fest in den Fängen der Neoklassik. Auf empirisch sehr dünnem Eis wird das Zerrbild eines Sozialstaates entworfen, der über seine Verhältnisse lebte. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Anstieg der so genannten

Lohnnebenkosten. Die gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge, so die nicht belegte Behauptung Streecks, hätten in den 90er Jahren die Arbeitslosigkeit steigen lassen. Dadurch sei ein Teufelskreis aus steigender Arbeitslosigkeit, steigenden Sozialausgaben und steigenden Beiträgen in Gang gesetzt worden. Gerhard Schröders Agenda 2010 war dann der notwendige Versuch, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Dieses populäre Erklärungsmuster hält keiner näheren Überprüfung stand. Die Sozialversicherungsbeiträge sind in den letzten Jahrzehnten tatsächlich angestiegen. Eine sinkende Lohnquote, steigende Arbeitslosigkeit und die Zunahme prekärer Beschäftigung führten zu großen Einnahmeausfällen in den Sozialkassen. Zudem ließ die Finanzierung der Deutschen Einheit über die Sozialkassen – versicherungsfremde Leistungen – die Ausgaben steigen. Für den behaupteten engen Zusammenhang zwischen gestiegenen Sozialversicherungsbeiträgen und höherer Arbeitslosigkeit gibt es jedoch keinen belastbaren Beleg. Im Gegenteil: Länder mit vergleichbar hohen Sozialabgaben wie Frankreich, Österreich, Schweden hatten eine deutlich bessere Wachstums- und Beschäftigungsperformance vorzuweisen. Eine überdurchschnittlich hohe Anzahl gering qualifizierter Arbeitsloser suchen wir in diesen Ländern vergebens. Ökonomische Gesetze machen aber bekanntlich nicht vor Landesgrenzen halt. Die sogenannten Lohnnebenkosten sind eben nicht nur Kosten, sondern auch Nachfrage. Die Beiträge verschwinden nicht in einem schwarzen Loch. Mit den Sozialversicherungsbeiträgen werden die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit, des Gesundheitswesens, etc. finanziert. Vor diesem Hintergrund war die Fixierung rot-grüner Regierungspolitik bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme auf die »Lohnnebenkosten« ein schwerer politischer Fehler. Die Sozialdemokratie lernt gegenwärtig aus diesen Fehlern. Einer ihrer wichtigsten ehemaligen Berater offensichtlich nicht.

Die »Staatsquote« als Monstranz

Auch beim Thema öffentliche Finanzen kann sich der Autor nicht vom neoklassischen Paradigma lösen. Streeck beschreibt die Staatsverschuldung als ein Problem steigender Staatsausgaben. Die deutsche Sozialleistungsquote – Sozialleistungen in % des Bruttoinlandproduktes – lag aber vor der großen Krise mit 29 % unter dem Niveau des Jahres 1980. Und das trotz der höheren Sozialausgaben infolge der Deutschen Einheit. Die allgemeinen Staatsausgaben sind seit der Jahrtausendwende bis vor der Krise sogar real gesunken. Die Staatsquote lag 2007 auf dem niedrigsten Stand seit Anfang der 70er Jahre. Von explodierenden Kosten des deutschen Sozialstaates kann also keine Rede sein.

In seiner kurzen Geschichte der Staatsverschuldung fehlt bezeichnenderweise ein ganz wichtiges Kapitel. Mit keinem Wort geht der Autor auf die rot-grüne und rot-schwarze milliardenschwere Steuersenkungspolitik ein. Da der erwartete Wachstums- und Beschäftigungsimpuls dieser Politik ausblieb, kletterte die Schuldenquote – Anteil der Staatsverschuldung am BIP – zwischen 1998 und 2005 um fast acht Prozentpunkte. Noch heute fehlen uns jedes Jahr mindestens 30 Milliarden Euro an Steuereinnahmen infolge dieser Steuersenkungen. Kurzum: Der deutsche Staat hat ein Einnahme- und kein Ausgabenproblem. Etwas gelungener ist die Beschreibung der staatlichen Reaktion auf die hohe Verschuldung. Hier stellt Streeck die Privatisierungspolitik ins Zentrum und analysiert die Auswirkungen auf das Tarifsystem.

Als einen weiteren Bereich institutionellen Wandels untersucht der Autor die Unternehmensorganisation und -finanzierung. Er beschreibt die aktive Rolle der Banken und der Politik bei der Auslösung der Deutschland AG. Sie stürzen sich in das profitable Investmentbanking. Unternehmensbeteiligungen sind dabei nur hinderlich. In der Realwirtschaft wird der

klassische Mischkonzern zugunsten einer Konzentration auf das Kerngeschäft abgewickelt. Auch die Rolle der Politik bei der Demontage des Rheinischen Kapitalismus wird gut herausgearbeitet.

Im Anschluss versucht Streeck eine historisch institutionelle Theorie des Kapitalismus zu entwerfen. Er bedient sich dabei der Theoriebausteine von Marx, Schumpeter und Polanyi. Marx und Schumpeter liefern die Blaupause für die Analyse der Motive unternehmerischen Handelns und der Konkurrenz respektive des Wettbewerbs. Im Mittelpunkt steht dabei die innovative und schöpferische Kraft von Märkten, aber auch ihre soziale Blindheit. Der Sozialwissenschaftler Polanyi liefert die Blaupause für die sozialen Bewegungsgesetze des modernen Kapitalismus. Phasen kapitalistischer Landnahme, Marktexpansion und Liberalisierung führen immer wieder zu gesellschaftlichen Gegenbewegungen. Die Gesellschaft schützt sich vor den zerstörerischen Folgen entfesselter Märkte. Diese Doppelbewegung ist aktueller denn je. Nach der jüngsten Finanzkrise gibt es für zentrale Reformprojekte – Mindestlohn, Bürgerversicherung, Vermögenssteuer, Bahn in öffentlichem Eigentum, etc. – breite gesellschaftliche Mehrheiten. Dass Streeck die alten Klassiker als Grundlage seiner historisch-institutionellen Theorie des Kapitalismus wählt, ist lobenswert. Wirklich neue Erkenntnisse entstehen aber dadurch nicht.

Wohin führt nun die Transformation des Rheinischen Kapitalismus? Wie werden sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zukünftig verändern? Welche gesellschaftlichen Reformprojekte stehen auf der Tagesordnung? Wie sind ihre Realisierungschancen zu bewerten? Der Autor lässt all diese Fragen offen. Dort wo es richtig spannend werden könnte, endet das Buch.

Wolfgang Streeck: Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy. Oxford University Press, 2009, 297 S., € 57,99.